

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Moria verlangt eine Antwort

Der Artikel „Den gesellschaftlichen Frieden wahren“ von Eckart Lohse (F.A.Z. vom 14. September) wie auch der von Michael Martens „Athens Argumente“ (F.A.Z. vom 15. September) sprechen ganz wichtige Aspekte an, die in der gegenwärtigen gefühlswahrenden Debatte um das Flüchtlingscamp Moria leider weitgehend zu kurz kommen. Den Geflüchteten dort vor Ort, egal, ob den Tätern oder den Opfern der Brandstiftung, muss geholfen werden. Rasch, umfassend und wirkungsvoll. Unbegleitete Kinder, aber wirklich nur Kinder, aufzunehmen ist sinnvoll und auch ein Zeichen berechtigter Humanität.

Worum geht es ganz vielen Flüchtlingen in Moria? Sie wollen ihre gegenwärtige Lage – das durch Brandstiftung zerstörte Lager – nutzen, um aus diesem raus und endlich ins Zielland der eigenen Flucht, nämlich Deutschland, zu kommen. Ihre Appelle und die anderer auf Mitgefühl und Humanität sollen es nun richten. Von Rechts wegen haben die meisten Geflüchteten hierauf jedoch keinen Anspruch. Auch einem (Bürgerkriegs-)Flüchtling steht nach geltendem Völkerrecht (vgl. Art. 32ff GVK) nicht das Recht zu, sich das Zielland seiner Flucht selbst auszusuchen. Aufnahme kann er nur im nächst-sicheren Drittland verlangen.

Die meisten Flüchtlinge wollen aber mehr. Sie sind dafür bereit, ihr eigenes Leben und das anderer aufs Spiel zu setzen, um ans Ziel ihrer Träume zu kommen. Auf diese uns bislang unbekannt- unerbittliche Entschlossenheit – koste es, was es wolle – haben wir bisher noch keine befriedigende und überzeugende politische und rechtsstaatliche Antwort gefunden.

Das „Einfachste“ wäre, das Recht zu ändern und den Flüchtlingen ihren Willen zu geben mit allen weitreichenden Folgen. Dafür sehe ich bei uns wie auch in der EU jedoch keine Mehrheit. Und das führt zur großen Frage: Darf man das Recht eines individuellen Mitgefühls wegen durchgängig beugen? Und weiter: Soll jeder, der zum absolut Äußersten bereit ist, seinen Willen um

des lieben Friedens willen bekommen? Was würde eine solche Einstellung für unser weiteres gemeinsames Zusammenleben bedeuten? Wie viele kämen auf die gleiche Idee? Und wo bleibt bei alledem der Rechtsstaat? Fragen über Fragen, auf die wir endlich Antworten finden müssen.

Diese Fragen werden bislang, da sie nicht zuletzt auch politisch schmerzhaft sind, ausgeblendet. Von interessierter Seite haben sie nur einen Sturm der Entrüstung zu erwarten. Nur hilft es nichts. Sie verlangen eine Antwort. Heute wie damals 2015 stehen politische Gefühle wieder hoch im Kurs. Hat die Politik, haben wir aus den Ereignissen von 2015 nichts gelernt? Und zwar die wichtige Lektion, die weitere tiefsitzende Spaltung des Landes und der EU nicht weiter zu befördern?

Hieß es nicht noch bis vor kurzem gerade auch aus der CDU: „2015 darf sich nicht noch einmal wiederholen.“ Nach den Geschehnissen von 2015 kommt es jetzt nicht mehr auf die bloße Zahl, sondern ganz entscheidend auf das Prinzip und das von diesem ausgehende Signal an: Es lohnt sich doch, sich mit Hilfe der Schlepper auf dem Weg zu machen. Denn den Hartnäckigen winkt der Erfolg. Nicht nur Athen, sondern wohl die Mehrheit in der EU haben das verstanden. Und wir? Deutsche Sonderwege. Wieder einmal.

Rational nicht weiter hinterfragte politische Gefühlsaufwallungen haben unserem Land – gleich zu welchen Zeiten – nie gutgetan. Sie sind – da nicht berechenbar – auch keine Basis für eine partnerschaftliche Politik. Und wer pflegt schon gern eine enge Beziehung zu einem wenig berechenbaren Partner. Mit Gefühlen kann man nicht diskutieren. Sie mit Vernunft zu widerlegen gelingt erst recht nicht. Ihre Welt ist nicht die der Argumente. Unsere Politik und unsere Geschichte sind bis heute vielfach voller falscher fataler Gefühle und Signale. Wann fangen wir endlich an, uns dessen bewusst zu werden, es kritisch zu hinterfragen, um der Ratio endlich eine Chance zu geben?

ELMAR TIMPE, BOTSCHAFTER A. D. ORANIENBURG

Autoindustrie neben der Spur

Zum Artikel „Druck auf die Autoindustrie wächst“ (F.A.Z. vom 18. September): Die Autoindustrie weiß nicht erst seit gestern, dass sie die Klima-Belastung ihrer Fahrzeugflotte reduzieren muss. Der Verdacht, dass für die Hersteller die Elektroautos eher Alibi denn strategisches Portfolio sind, liegt nahe. Zu Beginn der Entwicklung der E-Autos hätte man sich in der Industrie auf genormte, leicht austauschbare Batterien einigen können, die an jeder Tankstelle in kürzester Zeit ausgetauscht werden könnten. Dasselbe gilt für eine einheitliche und einfach zu bedienende Lade-Infrastruktur. Jetzt müssen die Hersteller die Suppe auslöpfeln, die sie sich eingebrockt haben. Selber schuld, würde man sagen, wenn das nicht für die gesamte Wirtschaft und Tausende von Arbeitsplätzen ein riesiges Problem darstellen würde.

Und was tut die Autoindustrie? Wer in Prospekten für Neuwagen blättert, dem wird auffallen, dass diese immer größer, immer stärker und immer schneller werden. Fährt die Autoindustrie damit nicht völlig „neben der Spur“? Aber Arbeitsplätze sind in Gefahr, wenn man umsteuert, hört man immer wieder. Und man hört die Verkäufer, wie sie sagen: Die Kunden wollen das so. Das mit den Arbeitsplätzen stimmt vermutlich nicht ganz, das mit den Kundenwünschen schon eher, denn sonst würden diese teuren Autos ja nicht gekauft. So wie Kunden auch billiges Fleisch kaufen. Unsere Welt

braucht aber nicht nur aus Klima-Gründen, sondern auch wegen zunehmender Überfüllung auf unseren Straßen sowie mangels ausreichender Parkplätze ganz andere Autos: Diese müssen außen klein, innen groß sein, dabei äußerst komfortabel (möglichst mit allen technischen Möglichkeiten einer „S-Klasse“), schwächer, langsamer und so natürlich auch sparsamer sein.

Dass die Hersteller die Höchstgeschwindigkeit ihrer Modelle freiwillig reduzieren, so wie das Volvo angekündigt hat, ist nicht zu erwarten. Ohne generelles Tempolimit auf den Autobahnen wird dieser Paradigmenwechsel nicht funktionieren. Auch insofern ist die Bundesregierung eher Teil des Problems als dessen Lösung.

PROFESSOR DR. MANFRED LANGE, MÜNCHEN

Hürde Aufladen

Ihre Beilage „Elektroauto Spezial“ (F.A.Z. vom 19. September) ist wirklich die bisher beste Zusammenstellung dieser Art. Sehr gut gemacht. Ich beschäftige mich beruflich intensiv mit diesem Thema, und die größte Hürde ist in der Tat, ein intuitives, einheitliches Angebot für das Aufladen darzustellen. Es ist ernüchternd, dass dies so schwach entwickelt ist.

STEPHAN LÜTZENKIRCHEN, KÖLN

Tödliche Mondschnitzungen

Zu „Kassenkampf“ in der F.A.Z. vom 15. September und „Widerstand gegen die Zettelwirtschaft“ von Manfred Schäfers (F.A.Z. vom 16. September): Es gelingt dem Bundesfinanzminister immer wieder, die kleinen Unternehmer mit Bargeldeinnahmen in die Ecke der Steuerhinterzieher zu stellen. Bargeld ist verdächtig, man ruft nach dem Überwachungsstaat. Daher scheint es sicherlich populär, eine manipulationsfreie Kasse vorzuschreiben, um dem düsteren Treiben in den dunklen Kneipen ein Ende zu setzen. Dann kommt die Dunkelziffer von womöglich „Milliarden“ in die ach so knappen Kassen, und der deutsche Sozialstaat ist gerettet. Meine Frau sagt, das sei „Framing“.

Wir Steuerberater kämpfen an ganz anderen, größeren Fronten. Es gibt mittlerweile unendlich viele Anweisungen zur Kasse, welche die Steuerberater zur Weißglut bringen und vor allem den Erkenntnishorizont unserer Kunden weit übersteigen. Man kommt kaum nach, diese zu lesen, schon sind sie überholt. Diese kafkaesken Anweisungen sind so voll von Verboten und Hürden, dass das Scheitern darin und daran programmiert ist.

Kleine, liebenswerte Betriebe werden dann durch sogenannte „Mondschnitzungen“ (Paragraph 162 Abgabenordnung) plattgemacht. Betriebsprüfer kommen regelrecht in einen Erpressungsrausch, drohen mit Schaum vorm Mund, reden von „Steuerhinterziehung und Vollstreckung“, wenn der Delinquent es gar wagt, Rechtsmittel zu ergreifen. Die Finanzämter strotzen vor Allmacht. Aus diesen Mühlen gibt es kaum Rettung, Existenzen und Familien werden brutal vernichtet. Denn der Staat hat bis heute nicht sauber definiert, wie man eine Barkasse rechtssicher führt. Übrigens gibt es kein Gesetz, dass überhaupt eine elektronische Kasse zu führen ist.

HEINRICH BRAUN, MANNHEIM

Von den vielen Zuschriften, die uns täglich insbesondere auch wegen der Coronavirus-Krise erreichen und die uns wertvolle Anregungen für unsere Arbeit geben, können wir nur einen kleinen Teil veröffentlichen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Oft müssen wir kürzen, denn möglichst viele Leser sollen zu Wort kommen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.

Lukrativer Verkauf statt Börsengang

Eigentlich wollte Jennewein in diesem Sommer an die Börse. Nun geht das deutsche Biotechunternehmen an Dänen.

Von Ilka Kopplin, Frankfurt

Stefan Jennewein steht noch etwas neben sich. Bis in die frühen Morgenstunden habe er gemeinsam mit dem Notar verhandelt. Die Transaktion steht nun fest: Für 310 Millionen Euro kauft das dänische, börsennotierte Unternehmen Chr. Hansen das deutsche Biotechunternehmen Jennewein aus Rheinbreitbach nahe Bonn, das humane Milchzuckermoleküle herstellt (HMO), die in der natürlichen Muttermilch vorkommen. Eigentlich hatte Gründer und Geschäftsführer Jennewein für diesen Sommer einen Börsengang auf Frankfurter Parkett geplant, über den das Unternehmen rund 100 Millionen Euro insbesondere für den Ausbau der Produktion einsammeln wollte, wie er Anfang des Jahres in dieser Zeitung angekündigt hatte. „Durch unseren geplanten Börsengang sind viele Unternehmen auf uns aufmerksam geworden, die großes Interesse gezeigt haben“, erklärt Jennewein nun im Gespräch mit der F.A.Z. Mit den anderen Gesellschaftern habe man sich schließlich für einen Verkauf entschieden. „Am Ende war das risikoärmer als ein Börsengang, gerade in Corona-Zeiten“, sagt der Geschäftsführer des Biotechunternehmens mit rund 100 Mitarbeitern, das 2021 einen Umsatz von 50 Millionen Euro erwartet.

Zum Vergleich: Chr. Hansen mit Sitz in Horsholm entwickelt natürliche Inhaltsstoffe für die Lebensmittel-, Pharma-, Ernährungs- und Agrarindustrie, beispielsweise Enzyme und Probiotika. Im vergangenen Geschäftsjahr erzielte der Konzern mit mehr als 3400 Mitarbeitern einen Umsatz von 1,1 Milliarden Euro und einen Nettogewinn von 250 Millionen Euro. „Für uns hat das Sinn gemacht, gerade



Jennewein stellt humane Milchzucker her, die in der natürlichen Muttermilch vorkommen.

Foto Jennewein

auch weil Chr. Hansen kulturell gut zu uns passt“, erklärt Jennewein. Humane Milchzucker gelten als gesundheitsfördernd, da sie Infektionsrisiken mindern sollen und dazu beitragen, die Darmflora auszubilden. Sie werden insbesondere für Säuglingsnahrung eingesetzt, sind aber beispielsweise auch für andere Lebensmittel oder in der Pharmabranche interessant – ein absoluter Wachstumsmarkt.

In vielen Ländern steigt die Zahl der erwerbstätigen Mütter, auch das Bewusstsein für eine gute Ernährung nimmt zu. Analysehäuser bewerten den globalen Markt für Babynahrung schon heute mit einem Umsatzvolumen zwischen 50 und 70 Milliarden Dollar – mit einer jährlichen Wachstumsrate von etwa 5 Prozent.

Die Nachfrage nach humanen Milchzuckermolekülen, so prognostizieren verschiedene Institute, dürften sogar zwischen 20 und 30 Prozent wachsen – auf mehr als eine halbe Milliarde Dollar in den kommenden Jahren. Ein attraktiver Markt: Die Chemiekonzerne Dupont und Lonza kündigten 2019 an, in dem Bereich zusammenarbeiten zu wollen. Auch der Großkonzern BASF ist aktiv.

Das 2005 gegründete Unternehmen Jennewein war dementsprechend schon weit aus früher dran und tüftelte an einem Verfahren, um solche Zuckermoleküle günstig herzustellen. Der studierte Pharmakologe und Biochemiker Jennewein sitzt dabei auf gentechnisch veränderte Mikroorganismen, die die humanen Milchzucker

produzieren. Für die anschließende Aufreinigung, um also am Ende die Zuckermoleküle in Reinform zu erhalten, kommen verschiedene Membran- und Elektrodialyseverfahren zum Einsatz. Dieses Verfahren hat Jennewein im industriellen Maßstab bewährt und zählt nahezu alle Babynahrungshersteller zu seinen Kunden.

Die Dänen halten an den Expansionsplänen des deutschen Unternehmens fest. Bis 2025 wollen sie 200 Millionen Euro in den Ausbau der Produktion investieren. Jennewein selbst bleibt als wissenschaftlicher Berater vorerst an Bord. „Wenn man es als Wissenschaftler mit seiner Idee so weit bringt, das sie als Produkt im Supermarktregal steht, dann hat man es weit gebracht“, resümiert er.

Apotheken-Gelder werden eingefroren

Insolvenzverwalter kündigt im Fall AVP sorgfältige juristische Prüfung an

bee./mj. FRANKFURT/KÖLN. Nach der Insolvenz des Düsseldorfer Rezept-Abrechnungszentrums AVP dürfte es Monate, womöglich sogar Jahre dauern, bis die betroffenen Apotheken ihr Geld bekommen – oder zumindest einen Teil davon. Wie der vorläufige Insolvenzverwalter Jan-Philipp Hoos nach der ersten Sitzung des Gläubigerausschusses mitteilte, müssen zunächst einige juristische Fragen geklärt werden. Dazu zählt insbesondere, ob die auf den Konten des Unternehmens befindlichen Guthaben Teil der Insolvenzmasse sind oder ob die Apotheken auf eine bevorzugte Auszahlung hoffen dürfen. Bis das geklärt sei, würden die vorhandenen Guthaben auf sogenannten Separierungskonten verwahrt, kündigte Hoos an – im Prinzip werden sie also eingefroren.

Dass der Insolvenzverwalter zu diesem Mittel greift, ist nicht ungewöhnlich. In der aktuellen Situation muss er sich ein Bild von der wirtschaftlichen Situation des mit rund 3500 Kunden größten privaten Rezeptabwicklers in Deutschland machen. Nach F.A.Z.-Informationen hat

AVP schon seit Anfang September einen Insolvenzantrag vorbereitet, nachdem ein Konsortium mehrerer Banken eine Kreditlinie im Umfang von knapp 250 Millionen Euro gekündigt hatte. Aufgabe des Insolvenzverwalters ist es nun, die Insolvenzmasse zusammenzuhalten, da er die Interessen aller Gläubiger wahren muss, also etwa auch die der Banken, der Beschäftigten von AVP und des Fiskus.

Die Apotheken warten allerdings noch auf teils hohe sechsstelligen Beträge für die im August eingereichten Rezepte, die AVP – gegen eine Gebühr, die üblicherweise rund 1 Prozent beträgt – für sie bei den Krankenkassen eingereicht hat. Viele befinden sich nun in akuten finanziellen Nöten. Entscheidend für den einzelnen Apotheker wird sein, welche vertragliche Beziehung er genau zu dem Unternehmen hat. Denn wie der Insolvenzverwalter mitteilte, gibt es eine Vielzahl verschiedener Vertragsfassungen. Der Knackpunkt ist nach Einschätzung von Rechtsanwältinnen, ob die Apotheker ihre Forderungen gegenüber den Krankenkassen

an AVP abgetreten haben, das Unternehmen also auf eigene Rechnung gehandelt hat. Dann würden die vorhandenen Guthaben der Insolvenzmasse zugeschlagen und die Apotheker bekämen voraussichtlich weniger Geld ausbezahlt.

Hoos kündigte an, dass er womöglich einen unabhängigen Sachverständigen hinzuziehen will. Es gilt jedoch als wahrscheinlich, dass andere Gläubiger eine bevorzugte Auszahlung an die Apotheken anfechten würden. Im Zweifel müssten die Zivilgerichte – in letzter Instanz wohl der Bundesgerichtshof – entscheiden.

Zugleich ist es jedoch im Interesse der Apotheker, dass es zu keinen unkontrollierten Mittelabflüssen mehr kommt. In diese Richtung ermitteln mittlerweile Staatsanwälte aus Düsseldorf. Wie die Anklagebehörde am Montag mitgeteilt hatte, besteht gegen zwei Beschuldigte ein Verdacht wegen Bankrotts, also einer betrügerischen Insolvenz, bei der Vermögenswerte beiseitegeschafft wurden. Das Geschäft mit den Apotheken hat AVP eingestellt, das mit den Krankenhäusern soll fortgeführt werden.

Mehr Lohn für Briefträger

bü. BONN. Die Streikgefahr bei der Deutschen Post ist gebannt. Nach einem Verhandlungsmarathon hat sich der Konzern mit der Gewerkschaft Verdi auf Lohnerhöhungen für rund 140 000 Tarifbeschäftigte verständigt. Vorgesehen ist ein Plus von insgesamt 5 Prozent in zwei Stufen bei einer Laufzeit des neuen Tarifvertrages bis Ende 2022. Wie Post und Verdi am Mittwoch mitteilten, steigen die Löhne und Gehälter zum Jahreswechsel um 3 Prozent und am 1. Januar 2022 um weitere 2 Prozent. Weiter hieß es, dass es für den Einsatz in der Corona-Krise im November eine Einmalzahlung von 300 Euro geben soll. Auszubildende und Beschäftigte mit bis zu 50 Prozent der Wochenarbeitszeit erhalten die Hälfte des Betrages. Ursprünglich hatte Verdi 5,5 Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von zwölf Monaten gefordert. Wichtig ist aus Sicht der Gewerkschaft, dass der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2023 verlängert worden ist. Außerdem verzichtet die Post bis Ende 2021 darauf, weitere Brief- und Pakettransporte an Fremdunternehmen auszulagern. Mit der Einigung gebe es ein gutes Ergebnis für die Mitarbeiter und zugleich Planungssicherheit für die Kunden und das Unternehmen, sagte Post-Personalvorstand Thomas Ogilvie.

Nahtlos Surfen am Bahnhof

enn. BERLIN. Reisende können jetzt auf mehr als einhundert Bahnhöfen in Deutschland kostenlos ein neues W-Lan-Netz der Deutschen Bahn nutzen. Mit der Zeit soll über die nahtlosen Verbindungen eine einheitliche W-Lan-Infrastruktur entstehen, damit sich Fahrgäste im Fernverkehr bei der Ankunft am Bahnhof nicht immer in ein neues Netz einwählen müssen. „Mit WIFI@DB werden unsere Züge noch ein Stück mehr zum verlängerten Wohnzimmer oder zum mobilen Büro“, sagte Bahn-Technikvorstand Sabina Jeschke am Mittwoch in Berlin. Bisher bietet die Bahn nur in ihren Fernverkehrszügen kostenloses Internet an. Aus technischen Gründen ist die Versorgung dort aber nach wie vor häufig unterbrochen. Wichtigste Voraussetzung für stabiles Surfen im Zug sei die ausreichende Mobilfunkabdeckung entlang der Bahnstrecken, betonte die Bahn. „Der Netzausbau liegt in der Verantwortung der Mobilfunkanbieter und ist klar durch die Bundesnetzagentur vorgegeben: Bis Ende 2022 sollen die wichtigsten, bis Ende 2024 alle Schienenwege mit Mobilfunk versorgt sein.“ Die Bahn selbst hat nach eigenen Angaben in das W-Lan an Bahnhöfen, in Zügen und Bussen in den vergangenen Jahren mehr als 200 Millionen Euro investiert.

Medigene muss sparen

ikop. FRANKFURT. Das Münchner Biotechunternehmen Medigene muss sparen: Demnach sollen rund ein Viertel der insgesamt 136 Arbeitsplätze abgebaut werden. Zudem wird das Entwicklungsportfolio des Spezialisten für Krebsimmuntherapien reduziert. Auf diesem Wege solle die Finanzierung bis ins dritte Quartal 2022 sichergestellt werden anstatt zuvor bis Ende 2021, teilte das in Frankfurt gelistete Unternehmen mit. „In einem Jahr, das auf globaler Ebene viele Herausforderungen mit sich gebracht hat, ergreifen wir strategische Maßnahmen, um unsere Finanzierungsreichweite zu verlängern“, sagte Vorstandschefin Dolores Schendel. Zusätzlich zu den Personalanpassungen werde man sich bei neuen Produktentwicklungen auf solide Tumore fokussieren. Des Weiteren sucht das Biotechunternehmen für die anstehende Phase 2 einer laufenden klinischen Studie gegen eine Form von Leukämie einen Partner, was in der Branche üblich ist, um die kostspielige klinische Entwicklung zu finanzieren. In diesem Jahr erwartet Medigene weiterhin einen Umsatz zwischen 7 und 9 Millionen Euro, auf operativer Basis dürfte der Verlust mit 17 bis 24 Millionen Euro jedoch etwas niedriger ausfallen als zuvor erwartet. Anleger zeigten sich nicht überzeugt. Der Aktienkurs fiel rund 1,9 Prozent auf 4,18 Euro.

Corona-Mittel von Fujifilm

pwe. TOKIO. Der japanische Fujifilm-Konzern will wohl schon im Oktober beantragen, das Medikament Avigan als Mittel gegen das Coronavirus zuzulassen. Fujifilm erklärte am Mittwoch, ein seit März laufender klinischer Test habe positive Ergebnisse erbracht. Das eigentlich im Falle von schwerer Grippe eingesetzte Medikament verkürzt demnach die Behandlungszeit für Corona-Patienten mit milden Symptomen. An dem Test nahmen 156 Patienten ohne schwere Symptome teil. Testteilnehmer, die mit Avigan behandelt wurden, zeigten schon nach 11,9 Tagen eine Verbesserung gegenüber 14,7 Tagen für Patienten, die nur ein Placebo erhielten. Die Ergebnisse der Studie der Tochtergesellschaft Fujifilm Toyama Chemical seien statistisch signifikant, hieß es. Japanischen Medienberichten zufolge will die Regierung in Tokio eine Zulassung Avigans gegen Covid-19 nach Antrag innerhalb von vier Wochen genehmigen.

J & J startet Impfstoff-Test

ikop. FRANKFURT. Die Pharmasparte Janssen des amerikanischen Mischkonzerns Johnson & Johnson startet eine klinische Studie der Phase 3 für einen Corona-Impfstoff. Die Studie findet in Abstimmung mit der amerikanischen Zulassungsbehörde FDA statt und umfasst bis zu 60 000 Probanden auf drei Kontinenten, wie der Konzern am Mittwoch mitteilte. Vorläufige Ergebnisse aus einem kleineren vorangegangenen Test zeigten bei nur einer Dosis sowohl ein gutes Sicherheitsprofil als auch eine gute Immunantwort, hieß es. In der groß angelegten Studie wird nun ebenfalls mit einer Impfdosis im Vergleich zu einem Placebo getestet. Die meisten anderen Hersteller nutzen zwei Dosen. Die Impftechnologie wurde schon für andere Anwendungen genutzt, darunter eine Impfung gegen Ebola. Die Probanden sind mindestens 18 Jahre alt, viele allerdings älter als 60. Es würden besonders betroffene Personengruppen berücksichtigt, in Amerika beispielsweise dunkelhäutige und hispanische Menschen sowie Personen im Alter von mehr als 65 Jahren. Derzeit baut der Konzern, den die amerikanische Behörde Barda finanziell unterstützt, die Produktion massiv aus, künftig sollen mehr als eine Milliarde Dosen jährlich bereitgestellt werden.